



Bundestagsdepesche

Aktuelles zur Bundespolitik von Veronika Bellmann

Mitglied des Bundestages für den Wahlkreis Freiberg/Mittleres Erzgebirge

Jahrgang 4, Ausgabe 5/2008



Neues aus der Hauptstadt

Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Sitzungswoche hat außerhalb des Deutschen Bundestages vor allem die Debatte um die Renten die Schlagzeilen bestimmt. In der Bundesrepublik Deutschland leben 16 Millionen Rentner, aber nur 21 Millionen Kinder und Jugendliche. Die arbeitende Bevölkerung stöhnt unter der Abgabenlast. Die Rentner hingegen müssen eine Nullrunde nach der anderen hinnehmen, und dass bei steigenden Preisen. Es wird keine einfachen Lösungen geben. Liebe Leser, beteiligen Sie sich doch auch an der Debatte. Auf Ihre Meinungen bin ich sehr gespannt.

Der Deutsche Bundestag hat außerdem den Weg frei gemacht für die Ratifizierung des Reformvertrages von Lissabon. Diesen hatte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit den europäischen Regierungschefs ausgehandelt, als der Prozess für eine EU-Verfassung gescheitert war. Der Vertrag von Lissabon gibt den Nationalstaaten wieder mehr Rechte. Schon deshalb ist er besser als die ursprünglich angedachte Verfassung. Jetzt liegt es zunächst einmal an der irischen Bevölkerung, die als einzige in einem Volksentscheid im Juni über das Vertragswerk abstimmen werden.

Ihre Veronika Bellmann

Aktuelles Thema: Rentendebatte



„Wer lange in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss mehr Rente bekommen als nur die Grundsicherung.“

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)
Ministerpräsident Nordrhein-Westfalen

Jung und Alt dürfen nicht gegeneinander ausspielt werden

„Die größte Kulturleistung eines Volkes sind die zufriedenen Alten“, besagt ein japanisches Sprichwort.

Ich halte es für fatal, wenn wir es weiter zulassen, dass in den Debatten in Funk und Fernsehen Jung gegen Alt ausgespielt werden sollen. Wir haben einen Generationenvertrag in Deutschland und haben diesen mit der neuen Rentenformel auch an die aktuellen Erfordernisse angepasst. Das ist der richtige Weg, den wir nicht verlassen dürfen. An den Grundprinzipien der Rentenversicherung darf nicht gerüttelt werden. Jeder eingezahlte Euro muss nachher grundsätzlich den gleichen Wert haben. Zur Vermeidung von Altersarmut muss jedoch vor allem die Stärkung der Grundsicherung für Rentner, das Erreichen von Vollbeschäftigung und Förderung der Eigenvorsorge im Mittelpunkt der politischen Bemühungen stehen.

Sie liebe Leser sind aufgefordert, sich an der Diskussion zu beteiligen. Senden Sie bitte Ihre Meinungen per Post oder E-Mail an mein Büro in Berlin. Die Adressen finden Sie auf der letzten Seite dieser Bundestagsdepesche.

Ich bin gespannt auf Ihre Meinungen.



Schwerpunkthemen im Deutschen Bundestag

Bundestag beschließt Vertrag von Lissabon

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag in einer namentlichen Abstimmung die Umsetzung des Vertrages von Lissabon beschlossen. Europa bekommt mit dem Reformvertrag endlich ein menschlicheres Antlitz. Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss aber ebenso seine eigenen Rechte im Europäischen Reigen gestärkt, denn die nationalen Parlamente werden künftig durch neue Beteiligungs- und Informationsrechte stärker in die Politik der Europäischen Union einbezogen.



Ausdrücklich vorgesehen in dem Vertrag ist eine Rückübertra-

gung von Zuständigkeiten auf die einzelnen Mitgliedstaaten. Die Zeiten, in denen die Europäische Union als Bürokratiemonster angesehen wurde, werden mit dem Vertrag von Lissabon eingegrenzt.

Am 23. Mai 2008 wird der Bundesrat über den Vertrag abstimmen. Auch in den anderen EU-Mitgliedstaaten werden sämtliche Anstrengungen unternommen, damit der Vertrag wie geplant zu Beginn des Jahres 2009 in Kraft treten kann. In Irland wird am 12. Juni 2008 das EU-weit einzige, von der dortigen inländischen Verfassung vorgeschriebene Referendum stattfinden. Dänemarks Parlament hat am Donnerstag wie erwartet den Lissabonner Reformvertrag der EU mit großer Mehrheit ratifiziert. Bei der Ab-

stimmung im Kopenhagener Folketing wenige Stunden nach der Ratifizierung im Deutschen Bundestag sprachen sich lediglich die linke Einheitsliste und die rechtspopulistische DVP gegen den Vertrag aus. 90 Ja-Stimmen aus der Koalitionsregierung von Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen und drei Oppositionsparteien standen 25 Nein-Stimmen gegenüber. Rasmussens Regierung hatte ein von EU-Kritikern verlangtes Referendum abgelehnt, weil mit dem Lissabonner Reformvertrag nach ihrer Auffassung keine Abgabe nationaler Souveränitätsrechte verbunden ist. Neben Deutschland und Dänemark haben bisher in elf weiteren EU-Ländern die Parlamente verbindlich zugestimmt, so am Donnerstag auch der österreichische Bundesrat. Wie bereits im Nationalrat stimmten die Vertreter der regierenden Sozialdemokraten, der konservativen Volkspartei und der oppositionellen Grünen für das Reformwerk. Die beiden rechten Oppositionsparteien FPÖ und BZÖ lehnten es erneut ab.

Ich schließe mich allerdings auch der Kritik an, dass die EU an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit gelangt ist. Nach fünf Erweiterungen, der Ausdehnung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten seit 2004 und mit Blick auf den bevorstehenden Beitritt Kroatiens muss jetzt die Konsolidierung des Erreichten Vorrang vor der Aufnahme neuer Mitglieder haben. Nur so kann eine dauerhafte Vertiefung der europäischen Integration erreicht werden.

Die Generaldirektion Erweiterung hat mit ihrer verfehlten Politik in den letzten Jahren die EU-Beitrittskriterien bis zur Unkenntlichkeit verwässert und damit die Glaubwürdigkeit der EU schwer beschädigt. Ihre allzu nachsichtige Haltung gegenüber Bulgarien und Rumänien nimmt diesen Ländern bis heute den erforderlichen Reformdruck und erschwert damit ihre Annäherung an die EU. Die jüngsten Äußerungen zur Türkei zeigen, dass die EU-Kommission nichts aus Fehlern der Vergangenheit gelernt hat, sondern den Kurs einseitiger Vorleistungen unbeirrt weiterverfolgt. Wenn die Realität von Reformrückschritten so ausgeblendet wird, verkommen die Erweiterungsbemühungen der Kommission immer mehr zum bloßen Selbstzweck.

Die EU muss neue Formen und Instrumente der Nachbarschaftspolitik entwickeln. Beitrittswilligen Staaten muss eine Möglichkeit zur Annäherung an die EU unterhalb der Vollmitgliedschaft geboten werden. Dies gilt nicht nur, aber insbesondere für die Türkei. Ihr Beitritt würde die Aufnahmefähigkeit der EU in kultureller, ökonomischer und sozialer Hinsicht sprengen. Dies muss der Türkei in aller Deutlichkeit gesagt werden. Die Strategie der Kommission, die Verhandlungen mit der Türkei ungeachtet wachsender Kritik in vielen Mitgliedstaaten voranzutreiben und vollendete Tatsachen zu schaffen, wird eine Zerreißprobe für die EU heraufbeschwören. Es ist der einzig richtige Weg, nicht länger falsche Hoffnungen auf eine Vollmitgliedschaft zu wecken, sondern der Türkei eine praktikable europäische Perspektive zu bieten. Eine engere Kooperation zwischen der Türkei und der EU liegt im strategischen Interesse beider Seiten. Dafür bildet die Mittel-Meer-Union einen guten Ausgangspunkt für die Politik der privilegierten Partnerschaft.

Die Reformen tragen Früchte

Trotz der Belastungen durch die amerikanische Immobilienkrise befindet sich die deutsche Wirtschaft weiter auf Wachstumskurs. Das Frühjahrsgutachten der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute zeigt, dass die wirtschaftliche Lage in unserem Land bisher günstig geblieben ist. Das unterscheidet die Situation von der in anderen europäischen Ländern. Die Gründe hierfür

liegen neben dem im internationalen Vergleich sehr robusten deutschen Bankensystem vor allem in den Reformen der vergangenen Jahre, durch die die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands deutlich gesteigert werden konnte. Deshalb schauen die Experten auch mit Optimismus in die Zukunft: Für 2008 gehen sie von einem fortgesetzten Wirtschaftswachstum sowie von einem Anspringen der Inlandsnachfrage aus. Die Zahl der Arbeitslosen wird weiter sinken, im Herbst könnte die Marke von drei Millionen unterschritten werden.

Die Reformanstrengungen der vergangenen Jahre haben sich gelohnt und tragen nun sichtbare Früchte. Die Experten warnen aber davor, jetzt mit den Reformbemühungen nachzulassen. Insbesondere fordern sie die Politik auf, den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung fortzusetzen. Nachdrücklich warnen sie vor der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne. Damit bestätigt das Frühjahrsgutachten die Politik der unionsgeführten Bundesregierung. Der Dreiklang von Sanieren, Investieren, Reformieren hat unserem Land den kräftigsten Wirtschaftsaufschwung seit Jahren beschert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung bei ihrem verlässlichen Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Agrarwirtschaft erwartet Planungssicherheit



Rund 250 Vertreter aus Politik, Verbänden und Botschaften haben am 21. April 2008 an der Fachtagung „Europäische Agrarpolitik – Chancen für die deutsche Landwirtschaft“ teilgenommen. Die Tagung hat eines klar aufgezeigt: Die Agrarpolitik ist wieder ins Zentrum der Politik geraten.

Aufgrund einer stark wachsenden Weltbevölkerung und einer Veränderung der Verzehrgewohnheiten gehen die Getreidevorräte zurück bzw. steigen die Lebensmittelpreise. Die Produktion von Nahrungs- und Futtermittel muss demnach deutlich steigen. Große Unterstützung fand daher das Positionspapier der Arbeitsgruppen Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie Angelegenheiten der EU, das vielfältige Forderungen an die Überprüfung der Europäischen Agrarpolitik (GAP) stellt. Darin wird die Grundidee der Funktionsüberprüfung der Agrarreform von 2003 begrüßt. Die Verlässlichkeit, Planungssicherheit und Zukunftsfestigkeit der GAP muss aber gewährleistet sein.

Weitere Schritte fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei der Vereinfachung und Harmonisierung der Vorschriften zu Cross Compliance. Die Schaffung eines Bodenerosionskatasters würde diese Bemühungen konterkarieren und wird abgelehnt. Die Union lehnt eine pauschale, betriebsgrößenabhängige Kürzung der Direktzahlungen ebenso ab wie eine stufenweise Erhöhung der Modulation von Direktzahlungsmitteln in die 2. Säule. Die Union fordert von der EU-Kommission im Zusammenhang mit dem Auslaufen der Milchmarktregelung im Jahr 2015 ein Gesamtkonzept mit Begleitmaßnahmen, um die landwirtschaftliche Produktion auch in benachteiligten Gebieten zu halten. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage nach Bioenergie sowie Lebens- und Futtermitteln ist die Abschaffung der Flächenstilllegungsverpflichtung konsequent und richtig. Bei der Bewältigung grober Marktverzerrungen in einzelnen Bereichen regt die Union die Schaffung eines situativ anzuwendenden Krisenmanagementsystems an.

Gesetz für Kriegsheimkehrerentschädigung auf dem Weg

Etwa 12.200 Kriegsgefangene und rund 3800 Geltungskriegsgefangene erhalten eine Unterstützungsleistung. Die CDU/CSU- und die SPD-Bundestagsfraktion sind sich einig: Das Inkrafttreten des Heimkehrerstiftungsaufhebungsgesetzes wird vom 1. Januar 2009 auf den 1. Juli 2008 vorgezogen. Wir dürfen die hochbetagten Betroffenen nicht länger auf diese längst überfällige Entschädigung warten lassen. Auch Dank der nunmehr vorliegenden Formulierungshilfe des zuständigen Bundesinnen-, Bundesfinanz- und Bundesjustizministeriums kann jetzt das Gesetzesvorhaben zügig umgesetzt werden.

Bereits ab 1. Juli 2008 erhalten damit ca. 12.200 Kriegsgefangene und ca. 3.800 Geltungskriegsgefangene, die aus dem ausländischen Gewahrsam in die ehemalige DDR entlassen wurden und ihren Wohnsitz dort nicht aufgegeben haben, eine Unterstützungsleistung. Die Kriegsgefangenen und Geltungskriegsgefangenen mit den Entlassungsjahrgängen 1947 und 1948 bekommen eine Entschädigung von 500 EUR, die Entlassungsjahrgänge 1949 und 1950 1.000 EUR und die Heimkehrer ab 1951 eine Einmalzahlung von 1.500 EUR. Alle entscheidungsrelevanten Anträge können – so die Zusage des Bundesverwaltungsamtes – noch dieses Jahr bearbeitet werden. Diese positive Wendung ist ein Erfolg der großen Koalition.

Bundeskanzlerin bei der Firma Choren in Freiberg zu Besuch

Choren Industries hat am 17. April 2008 in Freiberg die weltweit erste Großanlage für synthetischen Bio-Kraftstoff vorgestellt. Sie wandelt nachwachsende Rohstoffe in einem mehrstufigen Verfahren in Sun-Diesel um. Die Anlage soll jährlich bis zu 18 Millionen Liter Biokraftstoff aus Holz erzeugen. Dieser kann in jedem Dieselmotor verwendet werden. Das entspricht dem Kraftstoffbedarf von 15.000 Fahrzeugen im Jahr.



Sachsens Ministerpräsident Georg Mildbradt, Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann und Choren-Chef Tom Blades (von links). Foto: ddp

Neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU), die einer Einladung Veronika Bellmanns gefolgt war, waren mit Volkswagen-Chef Martin Winterkorn, Daimler-Chef Dieter Zetsche, Rob Routs, Executive Director von Royal Dutch Shell, und dem Vorstandsvorsitzenden der Linde AG, Wolfgang Reitzle, hochkarätige Manager der deutschen Wirtschaft nach Freiberg gekommen. Angela Merkel würdigte die Anlage als einen Meilenstein für die umweltschonende Energieversorgung. Mit dem Biodiesel der zweiten Generation kann der Schadstoffausstoß im Vergleich zu konventionellem Diesel um bis zu 50 Prozent gesenkt erstellt.

Nach Dr. Helmut Kohl war mit Dr. Angela Merkel zum zweiten Mal ein Bundeskanzler in Freiberg. „Schade, dass die Bundeskanzlerin nur kurz Zeit hatte“, so Veronika Bellmann. „Wir haben in Freiberg und der ganzen Region soviel Fortschrittliches zu bieten und so viele fleißige Leute, die für die Bundeskanzlerin sicher gerne gute Gastgeber gewesen wären.“

Kurz notiert

Kinderschutz verbessert

Das Gesetz zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls soll den Schutz gefährdeter Kinder verbessern. So ist die frühzeitige Einschaltung der Familiengerichte in den Hilfsprozess, die verbesserte Ausschöpfung des Handlungspotenzials der Familiengerichte und die stärkere Verpflichtung der Eltern zur Kooperation mit örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und Pflicht zur Annahme notwendiger Angebote der Kinder- und Jugendhilfe vorgesehen.

Koalition will Kinderzuschlag weiterentwickeln

Eltern mit Kindern im Niedrigeinkommensbereich sind derzeit im ergänzenden ALG II-Bezug überdurchschnittlich häufig vertreten. Mit dem Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes soll erreicht werden, dass durch eine Verbesserung und Weiterentwicklung des Kinderzuschlags weniger Kinder und ihre Familien auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sein werden. Die bisher individuell zu bestimmende Mindesteinkommensgrenze wird auf einheitliche Beträge von 600 Euro für Alleinerziehende und 900 Euro für Paare festgesetzt und damit zugleich deutlich abgesenkt. Gleichzeitig wird die Abschmelzrate für Einkommen aus Erwerbstätigkeit von 70 Prozent auf 50 Prozent abgesenkt und somit gewährleistet, dass im Geltungsbereich des Kinderzuschlags ein durchgehender Erwerbsanreiz durch einen kontinuierlichen Einkommensverlauf besteht. Bei einer hinreichenden Erwerbsbeteiligung kann grundsätzlich Hilfebedürftigkeit im Sinne der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) vermieden werden. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern wird damit verringert.

Trotz Gegenwind geht es mit Wirtschaft aufwärts

Für 2008 erwartet die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 1,7 Prozent im Jahresdurchschnitt. Für das Jahr 2009 geht die Bundesregierung von einer Zunahme der realen Wirtschaftsleistung in Höhe von 1,2 Prozent aus. Der Aufschwung setzt sich fort, wenngleich mit vermindertem Tempo. In der mittelfristigen Projektion von 2008 bis 2012 unterstellt die Bundesregierung einen durchschnittlichen realen BIP-Zuwachs in Höhe von rund 1,5 Prozent pro Jahr. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos: „Es geht weiter aufwärts, trotz Gegenwind. Die deutsche Wirtschaft befindet sich derzeit durchaus in einer ordentlichen Verfassung. Sie ist dynamisch in das Jahr 2008 gestartet. Wir sehen daher keinen Anlass, von unserer Vorausschätzung in der Jahresprojektion für das Jahr 2008 vom Januar abzuweichen.“ (Quelle: BMWi)

Termine

- 01.05. Feierliche Fahnenweihe des Heimatvereins in Eppendorf
- 02.05. Mitgliederversammlung des Hospizvereins „Helfende Hände“ in Oederan
- 03.05. Eröffnung der Europawoche im „Klein Erzgebirge“ in Oederan
- 05.05. Diskussionsrunde zum Einsatz ausländischer Saisonarbeitskräfte mit sächsischen Obstbauern und Experten der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit in Leisnig
- 05.-09.05. Sitzungswoche in Berlin

Kontakt

Berlin

Platz der Republik 14, 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 77607
Fax: (030) 227 76602
veronika.bellmann@bundestag.de

Freiberg

Erbische Str. 5, 09599 Freiberg
Tel.: 03731 212967
Fax: 03731 459446
veronika.bellmann@wk.bundestag.de

www.veronika-bellmann.de